

**Drucksachen der
Bezirksverordnetenversammlung
Lichtenberg von Berlin
VII. Wahlperiode**



Antrag zur Beschlussfassung Ursprungsdrucksachenart: Antrag zur Beschlussfassung Ursprungsinitiator: Fraktion DIE LINKE.	Drucksachen-Nr: DS/0429/VII Datum: 20.09.2012				
Ombudsperson für Beschäftigte in MAE-Maßnahmen einsetzen					
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th><u>Datum</u></th> <th><u>Gremium / Ergebnis</u></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>20.09.2012</td> <td>BVV BVV-012/VII</td> </tr> </tbody> </table>		<u>Datum</u>	<u>Gremium / Ergebnis</u>	20.09.2012	BVV BVV-012/VII
<u>Datum</u>	<u>Gremium / Ergebnis</u>				
20.09.2012	BVV BVV-012/VII				

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht für in Beschäftigungsmaßnahmen des Job-Center Lichtenberg tätigen Personen eine Anlaufstelle (ggf. ehrenamtlich besetzt) zur Unterstützung der Klärung von Problemen personalrechtlicher Natur einzurichten.

Begründung:

Im Bezirk Lichtenberg sind 1305 Teilnehmer/innen einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (AGH MAE) zugewiesen (Stand 22.5.2012, Antwort des Bezirksbürgermeisters auf eine Kleine Anfrage von Norman Wolf, DIE LINKE).

Bei diesen Arbeitsmaßnahmen werden keine Arbeitsverhältnisse begründet, es gibt für die Beschäftigten also weder einen Arbeitsvertrag noch eine tarifliche Entlohnung. Zudem rangieren Menschen in sogenannten „1-Euro-Jobs“ in der Beschäftigungshierarchie aufgrund ihres sozialen Status und ihrer befristeten Tätigkeit meist weit unten.

Das Mindeste, was diesen Beschäftigten zugestanden werden muss, ist eine Anlaufstelle/ Ombudsperson, die in Konfliktfällen, so. z. B. bei Problemen mit den Vorgesetzten usw. angerufen werden kann.

Die Möglichkeit soll auch von Personen in anderen Maßnahmen des JobCenters genutzt werden können.

Initiator: **Fraktion DIE LINKE.**